

Demokratie als Ideologie

DIRK JÖRKE

Die Funktion von Ideologien, so Kurt Lenk am Ende seiner problemgeschichtlichen Einleitung zum Ideologiebegriff, besteht „vornehmlich darin, die Strukturen einer Gesellschaftsordnung zu verdecken“ (1971: 58). Diesen Kerngedanken aufnehmend, möchte ich im Folgenden die These entwickeln, dass nicht nur der Alltagssprachliche, sondern auch Teile des politikwissenschaftlichen Diskurses über Demokratie in diesem Sinne zunehmend einen ideologischen Charakter bekommen. Meine Ausgangsbeobachtung lautet: Je weniger es infolge von Entparlamentarisierungs- und Privatisierungsprozessen demokratisch zu entscheiden gibt, desto wichtiger scheint es, sich des demokratischen Gehalts spätmoderner Gesellschaften zu vergewissern. Diese Beobachtung und meine daran anschließende These möchte ich in drei Schritten entwickeln. Zunächst soll in der gebotenen Kürze auf jene Entwicklungen verwiesen werden, die Anlass dafür geben, mit Blick auf westliche politische Systeme von postdemokratischen Zuständen zu sprechen (I). In einem zweiten Schritt möchte ich mich jener Deutung zuwenden, die angesichts zunehmender zivilgesellschaftlicher Formen politischen Handelns weniger von einem Substanzverlust als von einem Gestaltwandel demokratischer Politik ausgeht. Dabei zeigt sich, dass die unkonventionellen Formen politischen Handelns vornehmlich von jenen Bevölkerungsgruppen verfolgt werden, die über ein vergleichsweise hohes soziales Kapital verfügen (II). Am Ende steht der Versuch, diese Befunde ideologiekritisch zu deuten (III).

I. DIE AUFWERTUNG VON EXPERTENWISSEN UND DIE DIAGNOSE DER POSTDEMOKRATIE

Moderne westliche Demokratien verfügen über eine liberale und eine republikanische Säule. Beinhaltet die erste Säule den Schutz individueller Freiheiten und die Vermeidung einer „Tyrannei der Mehrheit“ durch Rechtsstaatlichkeit, Minderheitenschutz, Repräsentativsystem und Gewaltenteil-

lung, so beinhaltet die zweite, ideengeschichtlich ältere Säule das Versprechen der gleichen und möglichst unmittelbaren Teilhabe an den politischen Entscheidungen. Im Zuge der zweiten demokratischen Transformation (vgl. Dahl 1989) ist es zu einer Verschmelzung dieser beiden Säulen im Modell der liberalen Demokratie gekommen. Moderne Demokratien sind bei allen Unterschieden im Detail – etwa hinsichtlich des Mehrheits- oder Verhältniswahlrechts, präsidentieller oder parlamentarischer Systeme und mehr oder weniger stark ausgeprägter direktdemokratischer Verfahren – durch eine Balance der beiden Säulen gekennzeichnet. Zumindest ist dies das Bild, welches die Lektüre einführender Darstellung zur Demokratietheorie vermittelt (vgl. Sartori 1997; Vorländer 2003; Schmidt 2010; Möllers 2008). Auch die Kriterien, die den diversen Spielarten der Demokratiemessung zugrunde gelegt werden, bestätigen dieses Zwei-Säulen-Modell (vgl. Lauth 2004; Müller/Pickel 2007). Allerdings mehren sich die Indizien, dass die Balance in der Wirklichkeit moderner Demokratien nicht nur temporär, sondern nachhaltig zuungunsten der republikanischen Säule gestört ist. Zwar ist das Ideal der gleichen Partizipationsmöglichkeiten immer nur ein Versprechen gewesen, das nie vollständig eingelöst werden konnte (vgl. Bobbio 1988), das allgemeine Wahlrecht hat aber in westlichen Gesellschaften zumindest dazu beigetragen, dass die politischen Eliten responsiv agiert haben. Die Folge hiervon waren ein Ausbau der sozialen Sicherungssysteme und eine – vergleichsweise – hohe Zufriedenheit mit der Demokratie und ihren Repräsentanten.

Damit scheint es aber vorbei zu sein. Das liberal-demokratische Modell – und seine sozialdemokratische Inanspruchnahme –, bei dem die Bürgerinnen und Bürger mittels Wahlen die Gesellschaft steuern, ist insofern nicht mehr angemessen, als die gewählten Repräsentanten den in sie gesetzten Erwartungen kaum noch entsprechen können. Ihnen sind, bildlich gesprochen, die Hände gebunden. Ursächlich hierfür ist in erster Linie die „großflächige Auslagerung formaler Entscheidungskompetenzen und faktischer Entscheidungsgewalt aus den politischen und politisierbaren Entscheidungsarenen der Nationalstaaten in internationale Exekutivorgane oder Regulierungsagenturen“ (Streeck 2009: 22). Zu nennen sind hier vor allem die Organe der Europäischen Union wie Kommission, Europäische Zentralbank und Europäischer Gerichtshof, die Welthandelsorganisation und die Weltfinanzinstitutionen (Weltbank, Internationaler Währungsfonds), die bei der politischen Gestaltung gegenüber nationalstaatlichen Regierungen und Parlamenten in den letzten Jahrzehnten erheblich an Einfluss gewonnen haben. Darüber hinaus hat sich eine Vielzahl von Regimes und Organisationen, teilweise rein privater Natur, in den vergangenen Jahren immer mehr Regelungskompetenzen angeeignet. Es bilden sich neue Formen des Regierens heraus, die einer demokratischen und auch einer zivilgesellschaftlichen Kontrolle zunehmend entzogen sind. Zudem werden immer mehr Entscheidungsmaterien in nationale wie transnationale „Public-Private-Policy-Networks“ (Grevén 2005) ausgelagert. Was aber erst einmal privatisiert

worden ist – man denke hier nur an den Bereich, den man früher einmal als die „öffentliche Daseinsfürsorge“ bezeichnet hat –, ist nur schwer wieder unter demokratische Kontrolle zu bringen, stehen dem doch die Eigentumsrechte der Anteilseigner entgegen.

Vollständig losgelöst von demokratischer Einflussnahme agieren zudem globale Rating-Agenturen wie *Moody's Investors Service* und *Standard & Poor's Ratings Group*. Dort ist ein ebenso spezifisches wie wirkmächtiges Wissen nahezu monopolisiert. Dem Ziel der Einschätzung der Kreditwürdigkeit privater und öffentlicher Gläubiger verpflichtet, führen deren expertokratische Einstufungen zu einem erheblichen Anpassungsdruck an die Erwartungen der internationalen Finanzmärkte, um eine Abstufung und damit finanzielle Schwierigkeiten zu vermeiden.¹

Doch handelt es sich hierbei nicht lediglich um eine – übrigens politisch vollzogene² – Verlagerung der Entscheidungsfindung in neue, demokratiefernere Räume. Es ist zudem eine entscheidende und in der demokratietheoretischen Debatte nicht hinreichend reflektierte Veränderung der Entscheidungslogik erfolgt. Dies lässt sich aus einer systemtheoretischen und tendenziell affirmativen Perspektive als die Umstellung von einem normativen auf einen kognitiven Modus der Entscheidungsfindung beschreiben. Angesichts der immensen Komplexität lateraler Weltsysteme, verstanden als eigenlogisch und jenseits nationalstaatlicher Verpflichtungen operierender Subsysteme, sei deren demokratische Steuerung weder durchführbar noch wünschenswert. Insbesondere die Vorstellung, diese lateralen Weltsysteme mittels Recht demokratisch programmieren zu können, müsse aufgegeben werden. Dies liest sich bei Helmut Willke wie folgt: „Es [das Recht, D.J.] muss durch Selbstbeschränkung kompetenter werden für den Umgang mit höheren Graden von Heterogenität. Die Welle der Deregulierung und Entstaatlichung ist in dieser Sicht nur ein Vorbote der notwendigen tiefgründigeren Transformation des Rechts in Richtung auf ein post-konventionelles, post-interventionistisches, post-normatives Recht, das in der Lage ist, eine Steuerungsleistung zu erbringen, die sich auf Augenhöhe mit einer hyperkomplexen Gesellschaft bewegt“ (Willke 2006: 54). Aus dieser Perspektive erweist sich die Kombination von Recht und demokratischer Politik als eine „Fehlspezialisierung der Menschheitsgeschichte“ (ebd.; vgl. Luhmann 1975). Die Vorteile des privaten Rechts bestehen demgegenüber laut Willke in dessen Flexibilität und Effektivität, die es den Systemen gestattet, sich immer wieder einer sich rapide wandelnden Umwelt anzupassen.³

Es fällt nicht schwer, diese systemtheoretische Abklärung der Demokratie als Konstrukt mit einer verdeckten Normativität zu entlarven. Doch sollte man hier nicht allzu voreilig sein. Denn ungeachtet aller Normativität, die der Systemtheorie eingeschrieben ist, liefert sie ein Instrumentarium, welches in besonderer Weise den Blick für reale Entdemokratisierungsprozesse öffnet. Und hier lässt sich in der Tat in den vergangenen 20 bis 30 Jahren eine Umstellung von einem demokratischen auf einen kognitiven Modus sowohl der Entscheidungsgenerierung als auch der Kontextsteuerung be-

obachten. In Organisationen wie den nationalen und internationalen Regulierungsbehörden, dem „Council“ der Welthandelsorganisation, aber auch der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank sitzen Experten, die nach ‚besten‘ Lösungen suchen und sich dabei durchaus auch von der diskurstheoretisch geadelten Logik des „arguing“ leiten lassen. Nur erfolgt dies in der Regel hinter verschlossenen Türen und nach expertenzentrierten Rationalitätsstandards. Richard Münch (2009b: 25) spricht diesbezüglich von einem „Strukturwandel der Herrschaft“, der für demokratische Kontrolle kaum noch Raum lässt.⁴ Dies ist besonders gut im Rahmen der Europäischen Union, der ein liberaler Politikstil institutionell eingeschrieben ist, zu beobachten (vgl. Scharpf 2009). Insofern insbesondere die europäische Rechtsprechung immer mehr Politikfelder unmittelbar oder mittelbar beeinflusst, wird der Gestaltungsspielraum der demokratisch legitimierten nationalstaatlichen Gesetzgebung, aber auch des Verwaltungshandelns immer stärker eingeschränkt. Dies hat unter anderem Konsequenzen für das System der sozialen Sicherungen, das Kräfteverhältnis von Arbeitnehmern und Arbeitgebern sowie die Bereitstellung öffentlicher Güter. Mit Scharpf lässt sich von einer zunehmenden Dominanz neoliberaler gegenüber demokratisch-republikanischen Politikmustern ausgehen.

Diese Phänomene sind für Colin Crouch (2008) Anlass, von postdemokratischen Zuständen zu sprechen. Ihm zufolge zeichnen sich postdemokratische Regime durch folgende Struktur aus: Die Institutionen der parlamentarischen Demokratie – periodische Wahlen, Wahlkämpfe, Parteienkonkurrenz, Gewaltenteilung – sind formal gesehen völlig intakt; und eben dadurch unterscheiden Postdemokratien sich grundlegend von prädemokratischen Gesellschaften. Doch stimmt die dahinter stehende Figur der Legitimation politischen Handelns durch die Partizipation des Volkes nicht mehr mit den realen Gegebenheiten überein. Der öffentliche Wahlkampf ist Crouch zufolge ein von rivalisierenden Teams professioneller Spindoctors kontrolliertes Spektakel. Sie bestimmen die politische Agenda durch die Auswahl und anschließende Inszenierung von wenigen Themen, die zudem immer stärker personalisiert werden. Die meisten Bürger spielten dabei lediglich eine passive, stille, bisweilen gar apathische Rolle, unfähig zur eigenen Gestaltung der politischen Auseinandersetzung. Im Rücken dieser Inszenierung des ‚Wahlspiels‘ finde der tatsächliche politische Prozess statt, und zwar in Form einer privatisierten Interaktion zwischen gewählten Regierungen und Eliten, die größtenteils die Interessen wirtschaftlich starker Akteure verträten. An die Stelle einer durch Wahlen vermittelten Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an den politischen Entscheidungen seien intransparente Verhandlungen getreten und der demokratische Prozess diene einzig der Erzeugung von Massenloyalität. Laut Crouch zeichnen sich postdemokratische Systeme durch ein komplexes und widersprüchliches Nebeneinander von demokratischen und expertokratischen, von staatlichen und privaten, von nationalen und globalen Formen des Regierens aus. Damit ist der ‚Postdemokratie‘ eine grundlegende Ambivalenz eingeschrieben: Demokratische

Beteiligungsformen werden einerseits eingefordert, andererseits aber auch entmutigt und frustriert, da der Gegenstandsbereich des demokratisch zu Entscheidenden schrumpft.

II. NEUE FORMEN DER POLITISCHEN BETEILIGUNG: ALLES HALB SO SCHLIMM?

Die Diagnose von Crouch scheint empirische Evidenz zu besitzen. Die Verlagerung der Entscheidungsgewalt von demokratisch legitimierten Parlamenten in supranationale und nicht-öffentliche Arenen ist ebenso gründlich dokumentiert (vgl. Benz 1998; Blumenthal 2003) wie der Rückgang der Unterstützung der grundlegenden politischen Institutionen und ihrer Repräsentanten durch die Bürgerinnen und Bürger, der sich am deutlichsten in Phänomenen wie Politikverdrossenheit, mangelnder Bereitschaft zur Mitarbeit in Parteien und dem Rückgang der Wahlbeteiligung niederschlägt und bisweilen gar zum Demokratiefrost führt (vgl. Putnam/Pharr 2000; Dalton 2004; Hay 2007; Embacher 2009). Auch der von Crouch diagnostizierte Trend zu Politainment und zur Personalisierung wird in der politikwissenschaftlichen Literatur seit längerem thematisiert (vgl. Dörner 2002; Köröscényi 2005; Meyer 2006). Derartigen Krisendiagnosen stehen indes die Aussagen von Autoren gegenüber, die weniger von einer Bedrohung der Demokratie als von einem Formwandel ausgehen. Verwiesen wird dabei auf die Zunahme neuer Beteiligungsverfahren in Form von Mediationsverfahren, Bürgerforen, Bürgerhaushalten oder auch die Einführung von Referenden in den letzten beiden Jahrzehnten. Diese ‚participatory revolution‘ tritt, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, in allen OECD-Staaten auf und ist von vielen als Anzeichen einer Stärkung direktdemokratischer Elemente auf Kosten repräsentativer Institutionen, ja als Beleg für die Lebendigkeit der Demokratie gedeutet worden (vgl. Ingelhart/Welzel 2005; Dalton/Klingemann 2007). Wir sind zwar Zeugen eines Abbaus von klassischen demokratischen Entscheidungsprozessen durch die Auslagerung in Expertengremien, gleichzeitig lässt sich aber auch eine Ausdehnung von Partizipationsformen beobachten. Und hierzu zählen neben Demonstrationen nun eben auch die vielfältigen Bürgerforen, denen ein deliberativer Charakter zugeschrieben wird.

Eine anspruchsvolle demokratietheoretische Deutung dieser neuen Formen der zivilgesellschaftlichen Beteiligung hat Pierre Rosanvallon unter dem Titel *Counter-Democracy* (2008) vorgelegt. Er unterscheidet dort zwischen drei Formen der „Gegendemokratie“ oder der negativen Politik, die ihm zufolge in den vergangenen Jahren mehr und mehr an die Seite des Wählens getreten seien: erstens die zivilgesellschaftliche Überwachung politischen Handelns durch die Mechanismen der Beobachtung, Anprangerung und einer möglichst neutralen Evaluation politischer Entscheidungen, zwei-

tens die „democracy of rejection“ (Rosanvallon 2008: 15) in Form der Weigerung zivilgesellschaftlicher Akteure, die zur Umsetzung der Entscheidungen erforderlichen Ressourcen bereitzustellen, und schließlich drittens die gerichtliche Bekämpfung politischer Entscheidungen. „Increasingly, voters have been replaced as political actors by the three metaphorical figures we have just discussed: the people as watchdogs, the people as veto-wielders, and the people as judges. Sovereignty has thus come to be exercised indirectly, in ways not specified by constitutional rules“ (ebd.: 17). Rosanvallon zeigt anhand vieler empirischer Beispiele, dass die Möglichkeiten und auch die Inanspruchnahme der zivilgesellschaftlichen Gegendemokratie in modernen Gesellschaften zugenommen haben und deutet dies als einen insgesamt begrüßenswerten Gestaltwandel der Demokratie. Er erwähnt zwar die Gefahr, dass diese neue Form der negativen Demokratie den Trend zur Entpolitisierung verstärken könne, insgesamt sieht er in ihr aber mehr Chancen. Diese bestehen insbesondere in der Möglichkeit, die Rationalität politischer Entscheidungen zu erhöhen sowie in dem Zwang der politischen Eliten, ihre Entscheidungen gegenüber zivilgesellschaftlichem Protest zu rechtfertigen.

Doch Rosanvallons Verschiebung der Bürgerrolle von der des Wählers zu der des zivilgesellschaftlichen Richters und Veto-Spielers kann als Alternative zur Diagnose der Postdemokratie nicht überzeugen. Im Gegenteil, gerade die von ihm so hoch gelobte Rolle des Bürgers als Richter verlangt eine Unparteilichkeit und Sachkenntnis, die gerade nicht dazu beitragen, die politischen Leidenschaften der Vielen anzusprechen und mithin demokratische Beteiligungsformen zu revitalisieren.⁵ Politik wird bei Rosanvallon, der hier der deliberativen Demokratietheorie nahe steht, als eine möglichst neutrale und sachliche Form der Entscheidungsfindung begriffen. Dies verstärkt aber lediglich den oben beschriebenen Trend zur Verwissenschaftlichung der Politik.⁶ Auch die Idee einer Politik der Verweigerung ist nicht zwangsläufig demokratisch, etwa wenn sich mächtige Veto-Spieler demokratisch legitimierten Direktiven entziehen.

Zudem sind die von Rosanvallon, aber auch von den Vertretern der deliberativen Demokratietheorie präferierten neuen Formen der Beteiligung sehr voraussetzungsvoll. Nicht alle Bürgerinnen und Bürger verfügen jedoch über jene Ressourcen, derer es für die erfolgreiche Partizipation an deliberativen Verfahren bedarf. Hierzu zählen neben Zeit und einer zumindest rudimentären Sachkenntnis nun eben auch rhetorische Fähigkeiten und ein selbstbewusstes Auftreten. Gerade letztere sind in spätmodernen Gesellschaften jedoch ungleich verteilt. Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass diese neuen Formen vornehmlich von den gut ausgebildeten Mittelschichten dominiert werden, und dies gilt selbst für vermeintlich niedrigschwellige Formen des zivilgesellschaftlichen Protestes wie Demonstrationen.⁷ Damit wird aber lediglich ein Trend fortgeschrieben, wenn nicht sogar forciert, den wir bereits bei Wahlen beobachten können. An den neuen, unkonventionellen Beteiligungsformen am politischen Prozess partizipieren Ober- und Mittelschichtangehörige zu einem signifikant höheren Anteil als

Angehörige der Unterschicht. Dies wird von Franz Walter unterstrichen: „Die Fähigkeit zur Partizipation ist eben gebunden an besondere Ressourcen: Sprachgewandtheit, Kompetenz, Selbstbewusstsein, Informationen. Partizipation prämiert den privilegierten Zugang zu Bildungsgütern. Bürgergesellschaftliche Partizipation verfestigt und steigert so noch die Elitenstruktur moderner Demokratien; sie konsolidiert und fördert dadurch noch die Oligarchisierung des Willensbildungsprozesses“ (Walter 2009: 113). Insofern in deliberativen Verfahren und zivilgesellschaftlichen Protestformen besonders die Kompetenzen gut ausgebildeter Akademiker honoriert werden, wohnt dem deliberativen Demokratieverständnis in seiner praktischen Umsetzung innerhalb kapitalistischer Gesellschaften ein elitärer Bias inne.⁸ Doch nicht nur dies, die Berufung auf zivilgesellschaftliche Akteure droht auch zur ideologischen Rechtfertigung einer zunehmend gespaltenen Gesellschaft missbraucht zu werden.

III. DEMOKRATIE ALS SPIELWIESE DER GUT AUSGEBILDETEN MITTELSCHICHTEN

Bei Ingolfur Blühdorn findet sich der ebenso interessante wie provozierende Versuch, das scheinbar paradoxe Nebeneinander der Zunahme neuer Formen der Beteiligung und der oben beschriebenen Verlagerung von Entscheidungskompetenzen in Expertengremien als zwei Seiten einer Medaille zu lesen. Die Gleichzeitigkeit von Entdemokratisierungsprozessen zum Zwecke der Effektivitätssteigerung auf der einen Seite und der Ausweitung von neuen Beteiligungsformen auf der anderen Seite stellt Blühdorn zufolge ein Charakteristikum einer spezifischen spätmodernen Vergesellschaftungsform dar, deren Legitimität über „practices of simulation“ gesichert werde. Es geht dabei, wie er im Anschluss an Crouch formuliert, um das „maximum level of minimal participation“ (Blühdorn 2009: 42). Laut Blühdorn besitzen diese neuen Formen der Bürgerbeteiligung daher vornehmlich eine kompensatorische Funktion. Sie überbrücken jene Kluft, die in spätmodernen Gesellschaften durch die Intensivierung demokratischer Forderungen auf der einen Seite und die wachsende Komplexität politischer Prozesse auf der anderen Seite entstanden ist. „Such exercises provide citizens with opportunities to articulate their concerns, experience their identity, and gain a sense of political efficacy, yet they leave the actors and processes of depoliticised technocratic governance essentially undisturbed“ (ebd. 2009: 42f.).

Die Diagnose Blühdorns, die unverkennbar in der Tradition der Ideologiekritik steht, wirkt weniger weit hergeholt, wenn man sich vergegenwärtigt, dass demokratische Beteiligungsformen immer auch Rituale sind, in denen die symbolische Integration der Gesellschaft sichergestellt und reproduziert wird. Sie dienen ebenso der Vergewisserung eines Zusammengehörigkeitsgefühls wie der Bestätigung fundamentaler politischer Ideale. An-

deas Dörner spricht von einem demokratischen Mythos, der durch die massenmediale Inszenierung etwa von Wahlkämpfen, aber auch von unkonventionellen Formen der Beteiligung immer wieder aufs Neue aktualisiert und reproduziert wird. Demokratische „Rituale geben Orientierungssicherheit, und sie vermitteln den Menschen das Gefühl, bei den wirklich wichtigen Dingen ihrer Bezugsgemeinschaft ‚dabeizusein‘“ (Dörner 2002: 29). Die Bedeutsamkeit demokratischer Wahlen sowie der neuen, deliberativen Formen politischen Engagements besteht also zumindest auch in der wechselseitigen Vergewisserung demokratischer Ideale, und dies scheint umso wichtiger zu werden, je mehr die tatsächlichen Entscheidungsmaterien aus den demokratischen Institutionen in Expertengremien und auf die supranationale Ebene auswandern, je weniger es also demokratisch zu entscheiden gibt. Diese Ideale haben aus der Perspektive der Teilnehmer in den vergangenen Jahren an Relevanz eher noch zugenommen, jedenfalls für jene, die in der Lage sind, sich am gesellschaftlichen und politischen Leben aktiv zu beteiligen.

Denn was für unkonventionelle Beteiligungsformen gilt, lässt sich auch immer häufiger bei Wahlen beobachten. Auf den Trend zum Rückgang der Wahlbeteiligung, der in nahezu allen OECD Staaten, aber ebenso – und besonders ausgeprägt – in vielen der neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas beobachtet werden kann, ist bereits verwiesen worden. Es ist indes nicht allein der quantitative Rückgang im Ganzen, der aus demokratietheoretischer Perspektive als problematisch, wenn nicht gar als alarmierend einzustufen ist. Die empirischen Befunde sind noch aufschlussreicher, wenn sie nach soziostrukturellen Faktoren aufgeschlüsselt werden. Dass ich nicht zur Wahl gehe oder über die Angehörigen der politischen Elite verdrossen bin, ist umso wahrscheinlicher, je niedriger mein Bildungsabschluss und mein Einkommen sind (vgl. Embacher 2009; Schäfer 2010). Anders ausgedrückt: Es sind vornehmlich jene Menschen, die durch die „Reformen“ der vergangenen 20 Jahre mehr und mehr ihren lebensweltlichen Halt verloren haben und die zunehmend den Gang zur Wahlurne verweigern. Und darin lässt sich eine nicht unvernünftige Reaktion sehen.

Die Angehörigen der „neuen Unterschichten“ mussten in der jüngeren Vergangenheit immer wieder die Erfahrung machen, dass ihre Stimmabgabe nicht den gewünschten Einfluss auf die politischen Entwicklungen hat. Betrachtet man beispielsweise die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990, so haben die Wähler dort nacheinander nahezu sämtliche Regierungsbündnisse ausprobiert: über schwarz-gelb, schwarz-rot, rot-rot und jetzt rot-schwarz. Auch waren sie während dieser Zeit an der Wahl unterschiedlicher Koalitionen im Bund beteiligt. Doch waren mit diesen Wahlen keine spürbaren Verbesserungen in den Lebensbedingungen jener Menschen verbunden, die sich den neuen Anforderungen, etwa hinsichtlich der Flexibilität oder des lebenslangen Lernens, nicht anpassen konnten oder wollten. Im Gegenteil, der Niedergang ganzer Landstriche hat in den letzten Jahren zugenommen. Wer es irgendwie schaffte, ging Richtung Westen; es

blieben die alten und sogenannten bildungsfernen Bürger. Es sind diese ländlichen Gegenden, aber auch städtischen Plattenbausiedlungen, in denen die Wahlbeteiligung besonders niedrig ausfällt. Viele der Menschen, die dort leben, erhoffen sich nichts mehr von der Politik.

Ähnliches lässt sich über viele ehemalige Industriestandorte im Westen der Republik sagen. Auch hier sind es vornehmlich die Opfer des Übergangs zur Dienstleistungsgesellschaft, die den Gang zur Wahlurne verweigern. So lag die Wahlbeteiligung bei den jüngsten Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen etwa in Oberhausen, einer Stadt, die besonders stark vom Strukturwandel betroffen ist, bei 46 Prozent, in der Beamtenstadt Münster dagegen bei 58 Prozent.⁹ Differenziert man das Ergebnis nach Stadtteilen, so fällt die Beteiligung dort besonders niedrig aus, wo die „neuen Unterschichten“ leben.

Politische Beteiligung droht mithin zu einer Spielwiese der Modernisierungsgewinner zu verkommen. In diesen Milieus besitzt das Bewusstsein der demokratischen Pflicht des Wählens weiterhin seine Geltung. Insbesondere Akademiker begreifen es als einen nicht zuletzt moralisch gebotenen Akt, ihren politischen Willen in der Wahlkabine zum Ausdruck zu bringen.¹⁰ Ganz anders dagegen bei den Modernisierungsverlierern. Diese Menschen haben sich von den demokratischen Ritualen zu großen Teilen verabschiedet. Darin kann man eine, wenn auch verzweifelte, Form der Rationalität sehen. Denn in der durch den Wahlakt gestifteten Gemeinschaft der „Demokraten“ können sich viele Menschen kaum wiederfinden und der Gang zur Wahlurne würde eine Ordnung legitimieren, die sie aus ihrer Perspektive massiv benachteiligt. Warum sollten sie denn auch ein Ritual befolgen, von dem sie sich nichts (mehr) erhoffen können? Warum zur Wahl gehen, wenn das sowieso wenig bis nichts an der persönlichen Situation ändert?

Der Akt des Wählens und auch die viel gelobten unkonventionellen Formen der politischen Beteiligung haben – so meine These – in den vergangenen Jahren eine andere Bedeutung gewonnen. Es geht tendenziell nicht mehr um die inhaltliche Bestimmung der Politik, sondern um das Bekenntnis zur liberalen Grundordnung. Durch die Wahl findet mithin eine Selbstbestätigung als „guter Demokrat“ statt. Doch gerade diejenigen, die in der Soziologie als das „neue Prekariat“ oder als „die Ausgeschlossenen“ (Heinz Bude) bezeichnet werden, haben durchaus Gründe, dieses Bekenntnis zu verweigern. Denn sie machen die Erfahrung, von der „demokratischen“ Gesellschaft und ihren Eliten nicht mehr hinreichend anerkannt zu werden.

Wie gesehen, können auch die oftmals gepriesenen neuen Beteiligungsformen wie Demonstrationen und deliberative Verfahren den Vertrauensverlust seitens der so genannten Modernisierungsverlierer nicht aufwiegen. Diese werden mehrheitlich von jenen Bürgern in Anspruch genommen, deren Demokratiezufriedenheit vergleichsweise hoch ist. Zudem laufen diese unkonventionellen Beteiligungsformen oftmals ins Leere, werden von ver-

meintlichen Sachzwängen ausgebremst oder von der Verwaltung schlichtweg ignoriert (vgl. Parkinson 2004, 2006). Deliberative Verfahren, so hat jüngst Marcus Höreth (2009) überzeugend dargelegt, können insbesondere nicht jene demokratische Legitimationslücke füllen, die durch die Prozesse der Internationalisierung und der Deparlamentarisierung politischen Entscheidens entstanden sind.

ANMERKUNGEN

- 1 Dies ist in der jüngsten Euro-Krise deutlich hervorgetreten; zur Rolle der Ratingagenturen in der Weltfinanzkrise von 2008/2009 vgl. Rudolph (2010).
- 2 Die Rolle politischer Akteure bei dieser Transformation der Demokratie wird von Hay (2007) unterstrichen.
- 3 Eine kritische Beschreibung des Trends zur Verwissenschaftlichung des Regierens liefert Münch (2009a).
- 4 Dies scheint mir auch einer der wesentlichen Gründe dafür zu sein, dass die zivilgesellschaftlichen Proteste gegen das expertokratische Management der Weltfinanz- und Wirtschaftskrise wie ein ritualisierter Reflex ohne Gestaltungsvisionen wirken. Sie setzen einen Rahmen voraus, in dem politische Eliten responsiv agieren können.
- 5 Zur Bedeutung von Leidenschaften gerade für demokratische Formen der Politik vgl. Walzer (1999).
- 6 Für eine ausführliche Kritik dieser expertokratischen und entpolitisierenden Züge bei Rosanvallon vgl. Urbinati (2010).
- 7 Dies konnte man selbst bei den „Montagsdemonstrationen“ gegen die Hartz-Gesetze der rot-grünen Bundesregierung beobachten; vgl. Rucht/Yang 2004; Munsch 2005.
- 8 Dass über zivilgesellschaftliche Kanäle durchaus auch spezifische Interessen von Besitz und Bildung gegen die Ansprüche von Marginalisierten durchgesetzt werden, ließ sich im Sommer 2010 am Hamburger Schulstreit studieren.
- 9 Diese Spreizung ist übrigens bei der Bundestagswahl auf etwas höherem Niveau (Münster 77,7 Prozent, Oberhausen 69,9 Prozent) bestätigt worden.
- 10 Davon zeugen auch die sicherlich gut gemeinten Wahlwerbespots von Kulturschaffenden, mit der die Bundeszentrale für Politische Bildung im Vorfeld der letzten Bundestagswahl die Internetgemeinde beglückte. „Wer kuscheln will, der muss auch wählen gehen“, so etwa die Botschaft des Bardens Gunter Gabriel. Was bei diesem und vielen ähnlichen Werbespots, aber auch bei vielen Kommentaren zur sinkenden Wahlbeteiligung auffällt, ist deren unterschwellige moralische Botschaft: Wer

nicht zur Wahl geht, ist ein schlechter Demokrat, wenn nicht gar ein Mensch, der unsere Missachtung verdient.

LITERATUR

- Benz, Arthur (1998): Postparlamentarische Demokratie?, in: Michael Greven (Hg.), *Demokratie – eine Kultur des Westens?*, Opladen, S. 201-222.
- Blühdorn, Ingolfur (2009): *Democracy beyond the Modernist Subject. Complexity and the Late-modern Reconfiguration of Legitimacy*, in: ders. (Hg.), *In search of Legitimacy*, Opladen/Farmington Hills, S. 17-50.
- Blumenthal, Julia von (2003): *Auswanderung aus den Verfassungsinstitutionen. Kommissionen und Konsensrunden*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, H. 43, S. 9-15.
- Bobbio, Norberto (1988): *Die Zukunft der Demokratie*, Berlin.
- Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*, Frankfurt am Main.
- Dahl, Robert A. (1989): *Democracy and its Critics*, New Haven/London.
- Dalton, Russell J. (2004): *Democratic Challenges, Democratic Choices. The Erosion of Political Support in Advanced Industrial Democracies*, Oxford.
- Dalton, Russell J./Hans-Dieter Klingemann (2007): *Citizens and Political Behaviour*, in: dies. (Hg.), *The Oxford Handbook of Political Behaviour*, Oxford, S. 3-26.
- Dörner, Andreas (2002): *Wahlkämpfe – eine rituelle Inszenierung des „demokratischen Mythos“*, in: ders. (Hg.): *Wahlkämpfe*, Frankfurt am Main, S. 16-42.
- Embacher, Serge (2009): *Demokratie! Nein danke? Demokratieverdross in Deutschland. Die neue Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung*, Berlin.
- Greven, Michael Th. (2005): *The Informalization of Transnational Governance. A Threat to Democratic Government*, in: Edgar Grande/Louis W. Pauly (Hg.), *Complex Sovereignty*, Toronto, S. 261-284.
- Hay, Colin (2007): *Why we hate Politics*, Cambridge.
- Höreth, Marcus (2009): *Überangepasst und realitätsentrückt. Zur Paradoxie der Theorie der deliberativen Demokratie in der EU*, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Jg. 19, S. 307-330.
- Inglehart, Ronald/Christian Welzel (2005): *Modernization, Cultural Change and Democracy. The Human Development Sequence*, Cambridge.
- Körösiényi, András (2005): *Political Representation in Leader Democracy*, in: *Government & Opposition*, Jg. 40, S. 358-378.

- Lauth, Hans-Joachim (2004): Demokratie und Demokratiemessung. Eine konzeptionelle Grundlegung für den interkulturellen Vergleich, Wiesbaden.
- Lenk, Kurt (1971): Ideologiekritik und Wissenssoziologie (4. Aufl.), Neuwied/Berlin.
- Luhmann, Niklas (1975): Die Weltgesellschaft, in: ders. (Hg.), Soziologische Aufklärung, Bd. 2, Opladen, S. 51-71.
- Meyer, Tomas (2006): Populismus und Medien, in: Frank Decker (Hg.), Populismus in Europa. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Bonn, S. 81-97.
- Möllers, Christoph (2008): Demokratie – Zumutungen und Versprechen, Berlin.
- Müller, Thomas/Susanne Pickel (2007): Wie lässt sich Demokratie am besten messen? Zur Konzeptqualität von Demokratie-Indizes, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 48, H. 3, S. 511-539.
- Münch, Richard (2009a): Transnationale Rationalitäten, nationale Traditionen: ein Dilemma der Regierung im Mehrebenensystem, in: Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften, Jg. 7, H. 3, S. 597-621.
- Münch, Richard (2009b): Globale Eliten, lokale Autoritäten. Bildung und Wissenschaft unter dem Regime von PISA, McKinsey & Co, Frankfurt am Main.
- Munsch, Chantal (2005): Wie Engagement soziale Ausgrenzung reproduziert, in: Forschungsjournal Neue soziale Bewegungen Jg. 18, H. 3, S. 108-114.
- Parkinson, John (2004): Why Deliberate? The Encounter between Deliberation and New Public Managers, in: Public Administration, Jg. 82, H. 2, S. 377-395.
- Parkinson, John (2006): Deliberating in the Real World. Problems of Legitimacy in Deliberative Democracy, Oxford.
- Putnam, Robert D./Susan J. Pharr (Hg.) (2000): Disaffected Democracies: What's Troubling the Trilateral Countries?, Princeton.
- Rosanvallon, Pierre (2008): Counter-Democracy. Politics in an Age of Distrust, Cambridge.
- Rucht, Dieter/Mundo Yang (2004): Wer demonstrierte gegen Hartz IV?, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 17, H. 4, S. 21-27.
- Rudolph, Bernd (2010): Die internationale Finanzkrise: Ursachen, Treiber, Veränderungsbedarf und Reformansätze, in: Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht, Jg. 39, H. 1, S. 1-49.
- Sartori, Giovanni (1997): Demokratietheorie, Darmstadt.
- Schäfer, Armin (2010): Kompensiert bürgerliches Engagement den Rückgang der Wahlbeteiligung?, in: BBE-Newsletter 4/2010.
- Scharpf, Fritz W. (2009): Legitimität im europäischen Mehrebenensystem, in: Leviathan, Jg. 37, H. 2, S. 244-280.

- Schmidt, Manfred G. (2010): *Demokratietheorien. Eine Einführung* (5. Aufl.), Wiesbaden.
- Streeck, Wolfgang (2009): Von der gesteuerten Demokratie zum selbststeuernden Kapitalismus. *Die Sozialwissenschaften in der Liberalisierung*, in: *WestEnd. Neue Zeitschrift für Sozialforschung*, Jg. 6, H. 1, S. 13-33.
- Urbinati, Nadia (2010): Unpolitical Democracy, in: *Political Theory*, Jg. 38, H. 1, S. 65-92.
- Vorländer, Hans (2003): *Demokratie. Geschichte, Formen, Theorien*, München.
- Walter, Franz (2009): *Im Herbst der Volksparteien? Eine kleine Geschichte von Aufstieg und Rückgang politischer Massenintegration*, Bielefeld.
- Walzer, Michael (1999): *Vernunft, Politik und Leidenschaft. Defizite liberaler Theorie*, Frankfurt am Main.
- Willke, Helmut (2006): *Global Governance*, Bielefeld.

